

## Öffentliche Investitionen: Ausgaben mit Nebenwirkungen

**Im Wahlkampf haben fast alle Parteien mehr öffentliche Investitionen gefordert. Zu Recht: Gerade in den Bereichen Bildung und Infrastruktur wurde lange zu wenig getan. Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeigt jedoch, dass eine übermäßige Ausweitung der Investitionen neben einer stärkeren Verschuldung auch mit Preissteigerungen verbunden wäre.**

Schulen, Straßen, Schienen – viele öffentliche Einrichtungen in Deutschland sind in einem desolaten Zustand, denn über Jahre hat der Staat zu wenig investiert. Das ist ärgerlich für die Bürger und bremst das Wachstumspotenzial der Volkswirtschaft. Die staatlichen Investitionen sollten also auf jeden Fall steigen. Tun sie das allerdings allzu schnell, hätte dies angesichts der bereits stark ausgelasteten Produktionskapazitäten Preissteigerungen zur Folge.

Legen die öffentlichen Investitionen beispielsweise jährlich um fünf Prozent zu – statt um rund ein Prozent wie bisher – führt dies laut IW-Berechnungen nach zehn Jahren zu einem um 1,7 Prozent höheren Preisniveau. Zugleich steigt das – preisbereinigte – Bruttoinlandsprodukt um 0,7 Prozent. Der reale Wachstumseffekt der Investitionsoffensive wäre also relativ gering angesichts der dafür nötigen Ausgaben von insgesamt 210 Milliarden Euro. Zudem mindern die Preissteigerungen auch die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten deutschen Unternehmen.

„Grundsätzlich ist es richtig, öffentliche Ausgaben verstärkt in Investitionen zu stecken und nicht etwa in Staatskonsum“, sagt IW-Ökonomin Galina Kolev. Eine Ausweitung der Verwaltung oder auch höhere Transferzahlungen würden die Preise noch stärker steigen lassen und hätten geringere Wachstumseffekte. Die Alternative liegt eher im Sparen: „Da die Mittel begrenzt sind, dürfen nur die Projekte mit dem größten Potenzial angegangen werden“, betont IW-Finanzexperte Tobias Hentze. Statt einer übermäßigen Steigerung der Investitionen könnten die Mittel auch verwendet werden, um Schulden zu tilgen oder Steuern zu senken.

**Ansprechpartner im IW: Dr. Galina Kolev, 0221 4981-774**

Tobias Hentze / Galina Kolev: Gesamtwirtschaftliche Effekte einer Ausdehnung der öffentlichen Investitionen, IW Policy Paper 2/2018